

In Zukunft kostenlos? Bundesumweltminister Trittin macht Wahlkampf auf Kosten der deutschen Autoverwerter

Düsseldorf:

Durch die von Umweltminister Trittin in der Öffentlichkeit ungenau dargestellten Möglichkeit der für den Letztverbraucher sofortigen kostenlosen Rückgabe von Altfahrzeugen sind in der Praxis einige Irritationen entstanden. Der Präsident der Bundesvereinigung Deutscher Stahlrecycling- und Entsorgungs-unter-nehmen e.V. (BDSV), Jürgen Karle, und der Vorsitzende der BDSV-Fachgruppe Autorückmontage (FAR), Siegfried Kohl, betonten auf einer Sitzung in Kassel, dass der Umweltminister auf Kosten der deutschen Autoverwerter einen zweifelhaften Wahlkampf führe.

Das am 1. Juli 2002 in Kraft getretene Altfahrzeuggesetz sieht vor, dass alle Letzthalter ihre Fahrzeuge erst ab 1. Januar 2007 kostenlos bei einer von dem Hersteller oder Importeur bestimmten Annahmestelle zurückgeben können, sofern ihre Fahrzeuge vor dem 1. Juli 2002 zum ersten Mal in Verkehr gebracht worden sind. Die sofortige kostenlose Rücknahme für Altfahrzeuge gilt nur für die Fahrzeuge, die seit dem 1. Juli 2002 als Neuwagen auf den Markt gekommen sind.

Karle und Kohl beklagten, dass die Letzthalter nun von den Autoverwertern auf der Grundlage der vom Ministerium verbreiteten Informationen eine kostenlose Rücknahme verlangen. Weil die Hersteller erst ab 2007 in der Pflicht stehen, kann bis zu diesem Zeitpunkt keine kostenlose Übernahme von Altfahrzeugen durch die Verwerter erfolgen, sie sind hierzu auch nicht verpflichtet.

Hinzu kommt, dass die Verwerter seit dem 1. Juli 2002 gesetzlich erheblich höhere Demontageanforderungen als bisher zu erfüllen haben. Jede zusätzliche Demontageleistung ist bis 2007 auf Kosten des Letzthalters zu erbringen.

Sowohl Karle als auch Kohl stellten klar, dass selbstverständlich weiterhin alle Altfahrzeuge bei zertifizierten Autoverwertern abgegeben werden können. Eine umweltgerechte und ordnungsgemäße Entsorgung sei damit garantiert. Es liege aber im Ermessen des Verwerter, zu welchen Bedingungen er die Annahme vornehme.

Die Interessenvertreter der betroffenen deutschen Recyclingwirtschaft fordern diesbezüglich umgehend eine Klarstellung vom Umweltminister. Da die Letzthalter leider kaum an den Darstellungen des Ministeriums zweifeln, sind die Verwerter die Leidtragenden. Der Minister muss deutlich machen, dass der Demontagebetrieb seine nicht unerheblichen Kosten selbst zu decken hat und der Letzthalter bis zum tatsächlichen Greifen der Produkt- und Kostenverantwortung der Hersteller im Jahre 2007 keinen Anspruch auf eine kostenlose Rücknahme seines Altfahrzeugs hat.

Gerade durch die Fehlinformation der Öffentlichkeit besteht die Gefahr, dass der enttäuschte Bürger sein Altfahrzeug wieder verstärkt über zweifelhafte Kanäle entsorgt.